

Wie Hamburgerinnen und Hamburger die Revolution von 1918/19 erlebten.

Individuelle Deutung(en) in Selbstzeugnissen

Franklin Kopitzsch und Gunnar B. Zimmermann

1. Abstract

Sich auf historische Großereignisse beziehende Selbstzeugnisse wie Korrespondenzen, Tagebücher und Lebenserinnerungen bedürfen ob ihres subjektiven Charakters zwar aufmerksamer Quellenkritik, transportieren aber vielfach für die Forschung sonst nur schwer erschließbare Erfahrungen und Wahrnehmungen von Zeitzeug:innen, lassen deren politische Prägungen und Präferenzen deutlich werden und gewähren Einblick in milieuspezifische Reaktionsmuster der jeweiligen Zeit. Dadurch werden sie zu einer ergiebigen Quellengattung, um von den revolutionären Ereignissen im November 1918 in Hamburg ein differenzierteres Bild zu erhalten. Die hier herangezogenen Selbstzeugnisse zeigen u.a. eine ambivalente Wahrnehmung des Arbeiter- und Soldatenrates sowie des Zeitgeschehens insgesamt, leisten einen Beitrag zur Alltags- und Mentalitätsgeschichte der Revolution und rücken Jugendliche als bislang vernachlässigte Revolutionszeugen in den Fokus.

2. Einleitung

Politische Umbruchsituationen wie im November 1918 sind für alle Menschen, die sie als Zeitzeugen miterleben, ein einschneidendes Erlebnis, zu dem sie eine Haltung entwickeln und im weiteren Zeitverlauf rückblickend eine Bewertung bzw. Deutung vornehmen. Solche Überlegungen finden sich u.a. in Selbstzeugnissen wieder. Das können Tagebücher oder Briefe sein, die Erlebtes und Gedanken zeitnah zum Ereignis dokumentieren. Oder es sind Lebenserinnerungen, die vielfach erst mit vielen Jahren Abstand niedergeschrieben werden; auch lebensgeschichtliche Interviews lassen sich als Selbstzeugnis einordnen.

Gerade bei Großereignissen wie der Revolution von 1918/19, die in den Jahren danach von politischen Kräften unterschiedlicher Couleur immer wieder als Projektions-

fläche genutzt wurde, um eigene Ziele zu legitimieren, sind Selbstzeugnisse ein wichtiges Korrektiv. Sie helfen, die offiziöse Deutung durch die Eindrücke vieler verschiedener Menschen zu differenzieren. So lassen sich Widersprüche, Fehler und auch bewusste Legendenbildungen in den dominanten Narrativen leichter identifizieren.¹

Dieser Beitrag geht der Frage nach, welchen Niederschlag die unmittelbaren Revolutionstage zwischen Alster und Elbe in den Selbstzeugnissen von Hamburger Frauen und Männern gefunden haben. Als Grundlage dafür dienen verschiedene – überwiegend in gedruckter Form vorliegende – Berichte, Lebenserinnerungen und Tagebuchaufzeichnungen, in denen mehr oder weniger umfangreiche Schilderungen der Ereignisse enthalten sind. Daran lassen sich verschiedene Punkte herausarbeiten, die von mehr als einem Berichterstatter angesprochen wurden und somit als Orientierung dienen können, um das unmittelbare revolutionäre Geschehen in Hamburg als Untersuchungsgegenstand zu strukturieren.

Der Blick auf Namen und Berufe sowie auf Alter und Geschlecht der herangezogenen Zeitzeugen macht jedoch deutlich, dass die Auswahl keinesfalls repräsentativ ist: Es gibt einen Schwerpunkt bei Männern, die vielfach aus der bürgerlichen Funktions- und Wirtschaftselite Hamburgs stammen. Für ein mehr ausgewogenes Bild braucht es hingegen weitere Stimmen von Frauen und Jugendlichen sowie generell von Angehörigen der Bevölkerungskreise, die erst infolge der Revolution das volle politische Mitbestimmungsrecht in der Stadt erhielten.²

Als Textsorte sind Selbstzeugnisse – mit mal längerer und mal kürzerer Reaktionszeit – von der Retrospektive der Verfasser auf ihr eigenes Leben geprägt. Das individuelle Bedürfnis, von sich selbst eine konsistente Geschichte zu erzählen, das Wissen um später folgende Ereignisse, aber auch die in Erinnerungsprozessen übliche Integration exogrammatishcher Wissensbestände, macht speziell Lebenserinnerungen zu einer Mischung aus Tatsachenbericht und einer Erzählung, die nicht zwangsläufig mit dem realen Geschehen deckungsgleich ist.³ Im Normalfall sind Lebenserinnerung zudem Ausdruck einer sozioökonomischen Unwucht in der Überlieferung. Vom eigenen Tun und Erleben auf diese Weise Zeugnis abzulegen, war bis weit ins 20. Jahrhundert hinein eine primär adlige bzw. bürgerliche Kulturtechnik. Anders sieht es bei überwiegend zur eigenen Reflexion geführten Tagebüchern aus, die auch schon im 19. Jahrhundert eine

- 1 Vgl. hierzu Gallus, Alexander: »Wiederentdeckung einer fast vergessenen Revolution. Die Umbrüche von 1918/19 als politische Transformation und subjektive Erfahrung«, in: Czech, Hans-Jörg/Matthes, Olaf/Pelc, Ortwin (Hg.) unter Mitwirkung des Vereins für Hamburgische Geschichte: Revolution! Revolution? Hamburg 1918/19, Kiel/Hamburg 2018, S. 14–31, hier S. 29f.
- 2 Für die im Museum für Hamburgische Geschichte 2018/19 gezeigte Ausstellung »Revolution! Revolution? Hamburg 1918/19« wurden in den Archiven viele neue Stimmen recherchiert. Diese individuellen Perspektiven waren in der Ausstellung nachzulesen bzw. in einer Audio-Installation nachzuhören. Vgl. auch Matthes, Olaf/Pelc, Ortwin (Hg.): Menschen in der Revolution. Hamburger Porträts 1918/19, Husum 2018; siehe zudem Kopitzsch, Franklin/Zimmermann, Gunnar B.: »Die Revolution von 1918/19 in Hamburger Selbstzeugnissen«, in: Czech, H.-J./Matthes, O./Pelc, O. (Hg.): Revolution, S. 310–317.
- 3 Einführend zu Fragen von Gedächtnis und Erinnerung und den damit zusammenhängenden geistes-, kultur- und naturwissenschaftlichen Überlegungen vgl. Guddehus, Christian/Eichenberg, Ariane/Welzer, Harald (Hg.): Gedächtnis und Erinnerung. Ein interdisziplinäres Handbuch, Stuttgart/Weimar 2010.

Quellengattung waren, deren Verfasser potenziell aus der gesamten gesellschaftlichen Breite kommen konnten.

3. Bewertung des Rätessystems

Es ist kaum überraschend, dass die überwiegend bürgerlichen Schreiber den Arbeiter- und Soldatenrat Hamburgs und dessen Vorsitzenden, den in Köln geborenen Heinrich Laufenberg (1872-1932),⁴ nicht nur nicht als legitime Interessenvertretung der Bevölkerung wahrnahmen, sondern den Rat vielmehr als Schreckgespenst begriffen und Laufenberg zum Bösewicht schlechthin stilisierten. Idealtypisch hierfür sind die 1923/24 von Werner von Melle (1853-1937)⁵ in zwei voluminösen Bänden veröffentlichten Aufzeichnungen über sein bildungspolitisches Wirken seit den 1890er Jahren. Der in den Revolutionstagen als Erster Bürgermeister amtierende von Melle gewährt darin den Ereignissen gerade einmal eine knappe Buchseite. Auf dieser teilt er aber mehrfach gegen Laufenberg aus und wird damit seinem generellen Ruf als »Sozialistenhasser« durchaus gerecht. Er nennt ihn den »radikalen Vorsitzenden« sowie den »sich die Rolle eines hamburgischen Diktators anmaßenden Laufenberg«. Im Wissen um die weitere Entwicklung verunglimpft ihn der bürgerliche Politiker auch als »zeitweiligen Regenten von Hamburg«.⁶

An seinem Image in bürgerlichen Kreisen hatte der Vorsitzende des Arbeiter- und Soldatenrates durchaus einen Anteil. Er war ursprünglich in die Hansestadt gekommen, um die Geschichte der regionalen Arbeiterbewegung zu erforschen – 1911 lag dazu ein erster Band vor.⁷ Im Folgejahr wurde Laufenberg Leiter der lokalen SPD-Parteischule, musste das Amt aufgrund seiner radikalen Ansichten aber bereits im selben Jahr wieder abgeben. Während des Weltkrieges propagierte er rätekommunistische Ideen und bekämpfte den von der Mehrheits-SPD mitgetragenen »Burgfrieden« sowie die damit verbundenen Kriegskredite.

Aus Sicht der Kräfte, die ab Januar 1919 zur neu gegründeten KPD gehörten, war Laufenberg hingegen nicht radikal genug. Erna Lang (1892-1983),⁸ die in den Revolutionstagen noch unter dem Namen Halbe als einzige Frau zum Arbeiter- und Soldatenrat gehörte, beurteilte ihn 1969 in einem Interview folgendermaßen: »[...] Laufenberg war

4 Zu ihm vgl. Brietzke, Dirk: »Laufenberg, Heinrich«, in: Kopitzsch, Franklin/Brietzke, Dirk (Hg.), *Hamburgische Biografie. Personenlexikon*, Bd. 2, Hamburg 2003, S. 239-240; Matthes, Olaf: »Heinrich Laufenberg«, in: ders./Pelc, O. (Hg.): *Menschen*, S. 110-114.

5 Zu ihm Richter, Myriam Isabell: *Stadt – Mann – Universität. Hamburg*, Werner von Melle und ein Jahrhundertlebenswerk, Teil 1: *Der Mann und die Stadt* (= *Mäzene für Wissenschaft*, Bd. 18), Hamburg 2016; dies.: »Melle, Werner von«, in: Kopitzsch, Franklin/Brietzke, Dirk (Hg.), *Hamburgische Biografie. Personenlexikon*, Bd. 7, Göttingen 2019, S. 224-226.

6 Melle, Werner von: *Dreißig Jahre Hamburger Wissenschaft 1891-1921. Rückblicke und persönliche Erinnerungen*, Bd. 2, Hamburg 1924, S. 564f.

7 Laufenberg, Heinrich: *Geschichte der Arbeiterbewegung in Hamburg, Altona und Umgebung*, Bd. 1: *Die Begründung der Organisation*, Hamburg 1911.

8 Zu ihr Lipke, Christina: »Erna Halbe, Kindergärtnerin«, in: Matthes, O./Pelc, O. (Hg.) (2018): *Menschen*, S. 41-43.

wohl ideologisch nicht konsequent genug. Er war überhaupt nicht so parteigebunden wie wir. Er stand immer etwas darüber. Er war ein ruhiger, bedächtiger Mensch. Daß gerade er zum Vorsitzenden [...] gewählt wurde, war grotesk. Das war ihm sicher *contre coeur*.«⁹

Wenn in den verschiedenen bürgerlichen Erinnerungen von Sitzungen des Arbeiter- und Soldatenrates bzw. von dessen Abgesandten in anderen Räten in der Stadt die Rede ist, fehlt zudem selten der Hinweis auf die Anwesenheit von Soldaten.¹⁰ Der Rat als Zentralorgan der Revolution tritt in dieser Perspektive als »Machtclique« auf, deren Legitimität und Durchsetzungsfähigkeit auf die Drohkulisse eines bewaffneten Trosses angewiesen ist.

Der Hamburger Reformpädagoge und Friedensaktivist Wilhelm Lamszus (1881-1965)¹¹ beschreibt überdies, wie der Arbeiter- und Soldatenrat Personen einzuschüchtern versuchte, die ihm als potenzielle Gegner erschienen. So seien 40 Kriminalbeamte gemeinsam vor den Rat zitiert worden, nur um nach wenigen Minuten wieder unbehelligt gehen zu können. Lamszus erwähnt auch die Erstellung von Verhaftungslisten.¹² Hier schwingt der Vorwurf mit, der Rat übe – unter Umgehung des Rechtsweges – Selbstjustiz.

In den Erinnerungen des Journalisten Hans W. Fischer (1876-1945),¹³ der seit 1909 in Hamburg lebte und bis 1923 das Feuilleton der »Neuen Hamburger Zeitung« leitete, ist überdies davon zu lesen, dass Ratsmitglieder ihren gewonnenen Einfluss zur Durchsetzung persönlicher Interessen nutzen wollten. Er berichtet, im letztlich ohne Arbeitsergebnis auseinandergehenden Rat geistiger Arbeiter habe ein Vertreter des Arbeiter- und Soldatenrates in der Hoffnung auf einen Redakteursposten auf Gründung eines Kulturvereins mit eigener Zeitschrift gedrängt.¹⁴ Auch der Verwaltungsjurist Leo Lippmann (1881-1943),¹⁵ der als Staatsrat im Kriegsversorgungsamt maßgeblichen Anteil an

-
- 9 Archiv der Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts, III.26., 1 (1-3), Interview mit Erna Lang am 22.10.1969.
 - 10 Warburg, Max M.: Aus meinen Aufzeichnungen, New York 1952, S. 68; Lamszus, Wilhelm: »Begrabt die lächerliche Zwietracht unter euch!«. Erinnerungen eines Schulreformers und Antikriegsschriftstellers (1881-1965). Hg. von Andreas Pehnke, Markkleeberg 2014, S. 86.
 - 11 Zu ihm vgl. Pehnke, Andreas (Hg.): Die literarische Werkausgabe des Hamburger Friedenspädagogen Wilhelm Lamszus, Markkleeberg 2016.
 - 12 Lamszus, W. (2014): Erinnerungen, S. 86.
 - 13 Zu ihm siehe Scholz, Kai-Uwe: »Fischer, Hans W.«, in: Kopitzsch, Franklin/Brietzke, Dirk (Hg.), Hamburgische Biografie. Personenlexikon, Bd. 1, Hamburg 2001, S. 97-99.
 - 14 Fischer, Hans W.: Hamburger Kulturbilderbogen, München 1923, S. 416f.; Schiefler, Gustav: Eine Hamburgische Kulturgeschichte 1890-1920. Beobachtungen eines Zeitgenossen (= Veröffentlichungen des Vereins für Hamburgische Geschichte, Bd. 27). Bearb. von Gerhard Ahrens, Hans-Wilhelm Eckardt, Renate Hauschild-Thiessen, Hamburg 1985, S. 558f.
 - 15 Zu ihm Lorenz, Ina: »Leo Lippmann (1881 bis 1943). Ein deutscher Jude«, in: Grolle, Joist/Schmooch, Matthias (Hg.), Spätes Gedenken. Ein Geschichtsverein erinnert sich seiner ausgeschlossenen jüdischen Mitglieder (= Hamburgische Lebensbilder, Bd. 21), Bremen 2009, S. 99-136; dies.: Leo Lippmann. »Ich bin ein Sohn meiner geliebten Heimat«, Berlin/Leipzig 2020.

der Lebensmittelversorgung der Stadt im Weltkrieg und in der Zeit danach hatte, sah unter den Ratsmitgliedern »durchweg Wirrköpfe oder eigennützige Menschen«.¹⁶

Diesen wenig vorteilhaften Charakterisierungen stehen in anderen Erinnerungen positive oder zumindest neutrale Narrative über das Wirken des Arbeiter- und Soldatenrates gegenüber. So beschreibt der Bankier Max M. Warburg (1867-1946),¹⁷ der in der Endphase des Krieges im Umfeld des letzten Reichskanzlers der Kaiserzeit Prinz Max von Baden (1867-1929) enormen Einfluss gewonnen hatte, die Arbeitsatmosphäre in den Sitzungen des Rates entgegen seinen bürgerlichen Standeskollegen als überwiegend sachorientiert und kollegial. Lippmann bestätigt zudem, dass der Rat nach Anlaufschwierigkeiten dafür gesorgt habe, dass die Behörden ohne große äußere Einflussnahme weiterarbeiten konnten.¹⁸

Von sachlicher Arbeit berichtet auch Lamszus hinsichtlich der Tätigkeit des Lehrerates, der konzentriert seine Reformanliegen besprochen und sich anschließend wieder aufgelöst habe.¹⁹ Bei Hans W. Fischer findet sich zudem eine Charakterisierung Laufenbergers, die das bei Werner von Melle gezeichnete Bild konterkariert. Er attestiert dem Ratsvorsitzenden nämlich großes Interesse und hohe Kompetenz in Kulturfragen.²⁰

Als Motor positiver Veränderungen und Reformen wird der Arbeiter- und Soldatenrat in den Erinnerungen des damals 16-jährigen Druckerlehrlings Fritz Wartenberg (1902-2002) beschrieben.²¹ Er hebt die umgehende Einführung des lange geforderten 8-Stunden-Tages und die Schaffung einer Jugendschutzkommission hervor. Sie sollte gewährleisten, dass in Ausbildungsbetrieben die Arbeitszeit der Lehrlinge und die Beschäftigung mit ausschließlich ausbildungsbezogenen Tätigkeiten eingehalten wurden. Wartenberg geht überdies auf die sicherheitspolitischen Bemühungen des Arbeiter- und Soldatenrates ein. Während in den meisten bürgerlichen Darstellungen der Rat als Quelle für Chaos und Gewalt auf den Straßen gedeutet wird, berichtet er von der Aufstellung von Ordnungskräften, die gegen Plünderungen und Aufruhr vorgehen sollen. Dem Rat, so Wartenberg, sei der Schutz des Privateigentums ein wichtiges Anliegen gewesen, weshalb er bei Verstößen drakonische Strafen bis zur Hinrichtung androhte.²² Das nach anfänglicher Untätigkeit schließlich konsequente Vorgehen des Rates gegen Plünderer erwähnt auch Lippmann.²³

Diese Beispiele zeichnen ein widersprüchliches Bild, bei dem vor allem die Erinnerungen aus dem bürgerlichen Lager das Wirken und die Intentionen des Arbeiter- und

16 Lippmann, Leo: Mein Leben und meine amtliche Tätigkeit. Erinnerungen und ein Beitrag zur Finanzgeschichte Hamburgs (= Veröffentlichungen des Vereins für Hamburgische Geschichte, Bd. 19). Aus dem Nachlaß hg. von Werner Jochmann, Hamburg 1964, S. 272.

17 Zu ihm siehe Lorenz, Ina: »Warburg, Max M.«, in: Kopitzsch, F./Brietzke, D. (Hg.): Biografie, Bd. 2, S. 438-440.

18 Lippmann, L.: Mein Leben, S. 277.

19 Warburg, Max M.: Aufzeichnungen, S. 68; Lamszus, W.: Erinnerungen, S. 86.

20 Fischer, H.W.: Kulturbilderbogen, S. 330f.

21 Wartenberg, Fritz: Erinnerungen eines Mottenburgers. Kindheits- und Jugendjahre eines Arbeiterjungen 1905-1925, Hamburg 1983.

22 Ebd., S. 100, 102.

23 Lippmann, L.: Mein Leben, S. 275f.

Soldatenrates stark verzerrend darstellen und daher als Quelle stets mit entsprechender Vorsicht zu behandeln sind.

4. Reaktionen der bürgerlichen Funktionselite

Wie die politische Führungsschicht der Freien und Hansestadt Hamburg auf die revolutionären Ereignisse reagierte, wie sich die Zusammenarbeit von Senat, Bürgerschaft und Verwaltung vollzog, wird in zwei Selbstzeugnissen besonders deutlich. Carl August Schröder (1855-1945),²⁴ der dem Senat von 1899 bis 1919 angehörte, 1913 und 1916 als Erster Bürgermeister amtierte, war ein Repräsentant von »Bürgerstolz und Kaiserstreue«.²⁵ In seinen 1921 erschienenen Erinnerungen widmete er der Revolution ein eigenes Kapitel.²⁶ Er erfuhr am Abend des 5. November 1918 während einer Familienfeier auf der Uhlenhorst telefonisch von den revolutionären Vorgängen in Lübeck und in der eigenen Stadt.²⁷ »Ein eigenartiges Bild bot die Verwaltung des Staatsgebiets in diesen Tagen. Der Senat hielt ganz wie bisher seine drei regelmäßigen Wochensitzungen ab, ohne in seinen Entscheidungen und Maßnahmen vom Arbeiter- und Soldatenrat direkt gehindert zu werden, auch die Bürgerschaft und die Behörden arbeiteten im wesentlichen ruhig weiter, nur die Polizeibehörde erhielt sofort ein sehr verändertes Aussehen«.²⁸ Als der Arbeiter- und Soldatenrat am 12. November Senat und Bürgerschaft für abgesetzt erklärt hatte, erfuhren die Senatoren davon durch die Morgenzeitungen des nächsten Tages. Telefonisch riefen Bürgermeister von Melle und Schröder weitere Senatoren und leitende Verwaltungsbeamte in das Vorlesungsgebäude, das heutige Hauptgebäude der 1919 gegründeten Universität, zu einer Besprechung. Von dort begaben sie sich ins Rathaus, wo sie der Arbeiter- und Soldatenrat erwartete, um die Modalitäten der Zusammenarbeit zu klären.²⁹ Vertreter des Rates nahmen fortan an den Senatssitzungen teil. »Selten nur haben diese Herren das Wort ergriffen. Geschah es, so äußerten sie sich in angemessener Form und in verständiger Weise, so daß aus der Zusammenarbeit selbst keine wesentlichen Schwierigkeiten erwuchsen«.³⁰ Empfindlich reagierte Schröder auf die zeitweise Anwesenheit des Soldatenratsvorsitzenden Wilhelm Heise³¹ im Senatsgehege. »Gelegentlich zeigte sich in den ersten Tagen auch der Matrose Heise während der Sitzung im Senatssitzungsaal, der, obgleich er keine Befugnisse hatte,

24 Zu ihm siehe Hauschild-Thiessen, Renate: »Schröder, Carl August«, in: Kopitzsch, Franklin/Brietzke, Dirk (Hg.). *Hamburgische Biografie. Personenlexikon*, Bd. 3, Göttingen 2006, S. 352-353.

25 Ebd., S. 352.

26 Schröder, Carl August: *Aus Hamburgs Blütezeit. Lebenserinnerungen*, Hamburg 1921, S. 334-360.

27 Ebd., S. 335f.

28 Ebd., S. 345.

29 Ebd., S. 346ff.

30 Ebd., S. 349.

31 Der 1893 geborene Heise war »Handlungsgehilfe in deutschen Niederlassungen in China und Nordamerika, im Krieg Maat bei einer U-Boot-Flottille in der Ostsee«. Siehe zu ihm: *Der Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat 1918/19* (= Quellen zur Geschichte der Rätebewegung in Deutschland, Bd. 4). Eingel. und bearb. von Volker Stalman unter Mitwirkung von Jutta Stehling, Düsseldorf 2013, S. 107. Bis zu seinem Rücktritt am 23. Dezember 1918 war er Vorsitzender des Soldatenrats, ebd. S. 428.

dort zu sein, sich nicht entblödete, im angezogenen Mantel und mit einem Zigarettenstummel zu erscheinen, ja, einmal sogar sich einen Stuhl durch Inspektor Leib in den Saal setzen ließ. Herr Bürgermeister v. Melle ließ diese Ungehörigkeit zwar ungerügt passieren, scheint aber doch dafür gesorgt zu haben, daß derartiges nicht wieder vorkomme. Jedenfalls ließ sich Heise nach diesem Zwischenfall nicht wieder im Sitzungssaal blicken.³² Schröder reagierte entsetzt auf »Disziplinwidrigkeiten« von Beamten und Angestellten,³³ die Wache, die der Arbeiter- und Soldatenrat im Rathaus postiert hatte, »schlecht gekleidete, schmutzige Mannschaften«, konnte er nur mit Ekel und Abscheu betrachten.³⁴ Schröder schied nach der Bürgerschaftswahl 1919 aus dem Senat aus. Ein Verbleiben wäre für ihn »eine kaum erträgliche capitis deminutio« gewesen, »der ich die Ehre gehabt hatte als Präsident des souveränen Senats an der Spitze unseres Gemeinwesens zu stehen, jetzt einer der Bürgerschaft unterstellten, der Souveränität entkleideten Körperschaft anzugehören, die mit dem alten Senate wenig mehr als den Namen gemeinsam hatte«.³⁵ Gleichwohl wirkte Schröder von 1921 bis 1932 als Bürgerschaftsabgeordneter der Deutschen Volkspartei (DVP) an der neuen Ordnung mit.

Von 1906 bis zu seiner Entlassung 1933 war der Jurist Leo Lippmann (1881-1943)³⁶ in der hamburgischen Verwaltung tätig, seit 1921 als Staatsrat. Um der drohenden Deportation zu entgehen, schied er, der sich um die Deutsch-Israelitische Gemeinde große Verdienste erworben hatte, 1943 mit seiner Frau Anna Josephine aus dem Leben. Als Leiter des Kriegsversorgungsamtes hatte er im Ersten Weltkrieg und in der unmittelbaren Nachkriegszeit große Herausforderungen zu bestehen. In seinen überwiegend vom Sommer 1933 bis zum Winter 1934/35 niedergeschriebenen Erinnerungen schildert er die nach anfänglichen Schwierigkeiten durchaus gelungene Zusammenarbeit mit dem Arbeiter- und Soldatenrat in der Finanzdeputation und im Kriegsversorgungsamt. Laufenberg allerdings war für ihn Hamburgs Diktator.³⁷ Wie Schröder – »Wie groß war der Gegensatz zwischen diesem Einzuge und dem Einzuge unseres Regiments im Jahre 1871!«³⁸ war Lippmann erschüttert über die Heimkehr der demoralisierten Hamburger Soldaten. Aufschlussreich sind die kurzen Charakterisierungen wichtiger Akteure des Arbeiter- und Soldatenrats durch Lippmann, ablehnend äußerte er sich zu Laufenberg, kritisch zu Carl Herz (1877-1951), positiv zu Walther Lampf (1891-1933) und Karl Hense (1871-1946).³⁹

32 Schröder, C.A.: Blütezeit, S. 352; Friedrich Carl Otto Leib war Inspektor der Rathausverwaltung.

33 Ebd., S. 352.

34 Ebd., S. 353f., Zitat S. 352.

35 Ebd., S. 359. »Capitis deminutio« steht hier für den Statusverlust.

36 Zu ihm siehe Lorenz 2008, S. 188f.

37 Lippmann, Leo.: Mein Leben, S. 274-279, zu Laufenberg als »Diktator« S. 278.

38 Ebd., S. 278.

39 Ebd., S. 282ff.; vgl. auch Meyer, Anne Lena: »Wilhelm Heise, Matrose«, in: Matthes, O./Pelc, O. (Hg.): Menschen, S. 57-60.

5. Vergeblicher Reformprozess

In den Selbstzeugnissen politischer Entscheidungsträger der 1918 untergegangenen alten Ordnung ist mehrfach von einem in Hamburg im letzten Kriegsjahr begonnen Reformprozess die Rede, der – so wird unterstellt – durch die Revolution zu einem Stillstand gekommen sei.

Diese Perspektive ist jedoch eine Umdeutung von Ursache und Wirkung: Nicht das lange Festhalten der alten Eliten an den überkommenen Verhältnissen wird als Mitauslöser der folgenden revolutionären Dynamik begriffen, sondern die Revolution durchbricht den für Hamburg traditionellen Weg der Politikorganisation. In diesem Verständnis verändert sich das politische System – quasi organisch – nur aus sich selbst heraus sowie in sorgsamer Abwägung zwischen Bewährtem und notwendigen Neuerungen.

Diesen »Hamburger Weg« der Veränderung hatte der Senat im April 1918 mit der Zuwahl des bürgerlich-liberalen Politikers Carl Petersen (1868-1933)⁴⁰ eingeleitet. Der Jurist hatte als Spitzenvertreter der sich nach dem sogenannten Wahlrechtsraub von 1906 vom konservativen Mainstream abspaltenden Fraktion der Vereinigten Liberalen gute Verbindungen zu den Hamburger Sozialdemokraten und war daher prädestiniert, um mit ihnen über notwendige Reformen zu verhandeln.⁴¹ Der seit 1907 amtierende Senatssyndicus Adolf Buehl (1860-1948)⁴² beschreibt das Ergebnis dieses Austauschs in seinen Erinnerungen: Vereinbart wurde die Rücknahme der die Arbeiterschaft benachteiligenden Bestimmungen der Wahlrechtsänderung von 1906. Ebenso wurden die Abschaffung der Schulgebühren und eine Lehrmittelfreiheit an den Volksschulen beschlossen. Hinzu kam die Absicht, ein Arbeitsamt einzurichten. In der Hamburgischen Bürgerschaft stellte Bürgermeister von Melle das Verhandlungsergebnis erstmals am Abend des 6. November 1918 vor.⁴³ Weiter kam man aber nicht mehr, denn zu diesem Zeitpunkt waren die Straßen der Stadt bereits voll von Menschen, die für einen konsequenteren Weg der Demokratisierung durch Schaffung der Volkssouveränität eintraten.

Werner von Melle hatte sich vom eingeleiteten Reformprozess zudem die Verwirklichung des von ihm über viele Jahre verfolgten Universitätsprojekts versprochen. In seinen Aufzeichnungen beschreibt er sein damaliges Kalkül, wonach ein verändertes

40 Zu ihm siehe Stubbe da Luz, Helmut: »Petersen, Carl«, in: Kopitzsch, Franklin/Brietzke, Dirk (Hg.), *Hamburgische Biografie. Personenlexikon*, Bd. 6, Göttingen 2012, S. 246-248.

41 Vgl. Erdmann, Heinrich: »Der ›Wahlrechtsraub‹ von 1906 als Traditionsbruch. Zum Verhältnis von Senat und Bürgerschaft nach den Verfassungen von 1860 und 1879, 1906, 1919«, in: Ders. (Red.), *Hamburg im ersten Viertel des 20. Jahrhunderts. Die Zeit des Politikers Otto Stolten (= Hamburg in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, Bd. 1)*, Hamburg 2000, S. 29-48.

42 Hansen, Eckhard/Tennstedt, Florian (Hg.): *Biographisches Lexikon zur Geschichte der deutschen Sozialpolitik 1871 bis 1945*, Bd. 1, Kassel 2010, S. 26f.

43 Verein für Hamburgische Geschichte (Hg.): *Bürgermeister Carl Petersen 1868-1933 (= Vorträge und Aufsätze des Vereins für Hamburgische Geschichte, Heft 18)*, Hamburg 1971, S. 52f.; Buehl, Adolph: *Aus der alten Ratstube. Erinnerungen 1905-1918 (= Vorträge und Aufsätze des Vereins für Hamburgische Geschichte, Heft 19)*. Bearb. von Loose, Hans-Dieter, Hamburg 1973, S. 35.

Wahlrecht nach und nach immer mehr Universitätsbefürworter ins Stadtparlament gebracht hätte. Dass es im November 1918 gerade der Arbeiter- und Soldatenrat um Laufenberg war, der sich nun als Unterstützer bei der Universitätsgründung anbot, war für von Melle ein Worst-Case-Szenario, das er vehement abzuwehren wusste.⁴⁴ Nach den ersten nach heutigem Verständnis demokratischen Wahlen in Hamburg im Frühjahr 1919 war es aber dennoch die neue Regierungskoalition aus SPD und DDP, die am 28. März die Hamburgische Universität und die Volkshochschule in ein und demselben »Notgesetz« aus der Taufe hob.⁴⁵

Die alten Funktionseliten Hamburgs – das machen die Beispiele deutlich – waren sich also 1918 schon vor der Revolution darüber im Klaren, dass eine Öffnung des politischen Systems unumgänglich war. Dabei könnten die Verhandlungen zwischen Liberalen und der SPD und das dabei entstandene Vertrauensverhältnis eine Erklärung dafür sein, weshalb der Übergang zur Demokratie in Hamburg vergleichsweise reibungslos ablief.

6. Ambivalenzen: Verachtung der neuen Ordnung – Aufbruch zur Demokratie

Seit der Masterarbeit von Cäcilia Maag ist das Tagebuch der Eilbeker Hausfrau Charlotte Lorentzen (1874-1937) als wichtige Quelle zur Mentalitätsgeschichte des Ersten Weltkriegs bekannt.⁴⁶ Die Tagebuchschreiberin hatte ein Lehrerinnenseminar absolviert, widmete sich nach der Heirat mit Theodor Lorentzen, einem Oberlehrer an der Oberrealschule auf der Uhlenhorst, aber ganz der Familie. Ihr Tagebuch führte sie bis zum 3. September 1919 fort. Am 1. November 1918 notierte sie: »Ist es denn eigentlich möglich, daß es so weit kommen konnte? Ist es möglich? So fragt man sich immer wieder u. zweifelt u. denkt sich so rein in all die Umwälzungen u. findet immer wieder, daß man die Bedeutung alles Geschehens nicht im Entferntesten ermessen kann. So muß den Menschen zur Zeit der frz. Revolution zu Mute gewesen sein oder vor 1 Jahr in Rußland, als alles sich von oben nach unten kehrte. Es ist nur eine Erregung im Volk u. jeder macht so seiner Überzeugung nach seiner Art Luft«. Am 8. November fragte sie: »Soll unser ganzes grosses stolzes Volk in d. Händen des jüdischen Bolschewismus

44 Melle, W. v.: Wissenschaft, S. 564f.; Schiefler, G.: Kulturgeschichte, S. 401.

45 Zu von Melles Engagement für eine Universität und zum langen Weg bis zur Gründung vgl. Ahrens, Gerhard: »Werner von Melle und die Hamburgische Universität«, in: Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte 66 (1980), S. 63-93; Nicolaysen, Rainer: »Wissenschaft ohne Zentrum. Über das Ende des Akademischen Gymnasiums 1883 und den schwierigen Weg zur Gründung einer Universität 1919«, in: Brietzke, Dirk/Kopitzsch, Franklin/Nicolaysen, Rainer (Hg.), Das Akademische Gymnasium. Bildung und Wissenschaft in Hamburg 1613-1883 (= Hamburger Beiträge zur Wissenschaftsgeschichte, Bd. 23), Berlin/Hamburg 2013, S. 213-235.

46 Maag, Cäcilia: Der Erste Weltkrieg im Spiegel bürgerlicher Wahrnehmung am Beispiel des Tagebuches von Charlotte Lorentzen. Eine Analyse der sinnhaft aufgeladenen heimatlichen Etappenerfahrung. Masterarbeit an der Universität Hamburg, Hamburg 2014; zur Person Charlotte Lorentzens, ebd., S. 24-28, zur Einordnung ihrer Äußerungen zum Kriegsende, zur Revolution und den Anfängen der Weimarer Republik, ebd., S. 83-88; das Tagebuch befindet sich im Archiv der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH), Familiennachlass Lorentzen 11/L 21-7.

bleiben?! Das kann u. kann nicht sein. Aber welche Zeiten stehen uns nun bevor!« Am 11. November konstatierte sie: »Deutschland, Bismarcks Werk – es liegt zertreten am Boden.« »Ein Kant, ein Luther, ein Goethe u. Bismarck« allerdings seien »ewig«. Und sie hoffte, »daß aus dieser Not, die über uns heranwächst, ein innerlich reifes u. vertieftes Volk heranwächst, das der Menschheit noch größere Werke schenkt«. Einen Monat später, am 10. Dezember, wurde sie deutlicher: »Warum hat keine Partei den Mut u. knallt mit Maschinengewehren die bolschewistischen Spartacusleute zusammen? Am Anfang war die Tat!« Ein halbes Jahr danach, am 7. Mai 1919, schrieb sie: »Es läge mir am nächsten, daß wir den Kaiser wieder hätten, uns zu neuem Kampf zu führen. Aber das wird noch einige Zeit dauern«. Am 23. Juni, nach der Teilnahme an einer Bismarck-Sonnwendfeier am Bismarckstein bei Aumühle, schrieb sie: »O Hoffnung, Hoffnung immergrün! Wenn die Jugend erwacht.« Und weiter: »Laß Sie nur denken, nun hätten sie Deutschland klein! Nein! Nun erst recht nicht: Denn in d. Nationalversammlung ist nicht das deutsche Volk vertreten!«

Lorentzen zeigt hier ein bürgerlich-konservatives Politikverständnis, wonach nur die eigene Gesellschaftsschicht zum neutralen Sachwalter für die Allgemeinheit berufen sei, die Arbeiterbewegung hingegen Partikularinteressen vertrete. Dieser »4. Stand [aber] regiert uns an allen Ecken und Enden«, wie Lorentzen nach der Revolution feststellen musste. Theodor und Charlotte Lorentzen engagierten sich in der Eilbeker Ortsgruppe der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP). In ihr Tagebuch klebte sie die Armbinde mit der Aufschrift »Deutsch-nationale Volkspartei« ein, die sie »beim Stimmzettelausteilen zur Bürgerschaftswahl am 19.3.1919« angelegt hatte. Auch die Wahlzettel der DNVP und der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei zur Wahl der Nationalversammlung am 19. Januar 1919 dokumentierte sie auf diese Weise.

Mit der Republikfeindschaft, dem Antisemitismus, dem »Hindenburg-Mythos«, der »Dolchstoß-Legende«, der Verbindung von Kultur- und Nationalprotestantismus werden im Tagebuch der Charlotte Lorentzen nationalkonservative bis revanchistische Einstellungen deutlich, mit denen sich die Demokratie von Weimar auseinanderzusetzen hatte. Der Freiburger Historiker Hans-Günter Zmarzlik (1922–2000) hat in einem 1966 gehaltenen Vortrag treffend festgestellt:

Im Schatten der Niederlage von 1918, unter den harten Bedingungen des Versailler Friedens, in der Atmosphäre innerdeutscher Gärung funktionierte die junge Demokratie gewiß schlecht genug. Für den Einsichtigen waren das unvermeidliche Anfangsschwierigkeiten; aber die Mehrheit des deutschen Bürgertums hielt das eher für die notwendige Folge davon, daß den ungebildeten Massen politische Mitspracherechte eingeräumt worden waren, die beim Bürger selbst, dem erprobten Repräsentanten von Bildung und Besitz, so viel besser aufgehoben seien. Dem Zufall von Mehrheitsentscheidungen meinte man das Wohl der Nation ausgeliefert zu sehen, das doch die Monarchen oder ihre Staatsmänner stets soviel besser zu wahren verstanden hätten. Daher ersehnte man, was gestrig war: den Staat über den Parteien und einen Führer zu Deutschlands erneuerter Machtstellung.⁴⁷

47 Zmarzlik, Hans-Günter: Das deutsche Bürgertum im Zeitalter der Weltkriege. Ein Vortrag vor ausländischen Stipendiaten, in: ders., *Wieviel Zukunft hat unsere Vergangenheit. Aufsätze und Über-*

Im Kontrast zu den von Charlotte Lorentzen vertretenen Positionen vermittelt die auch als Selbstzeugnis zu lesende Rede des Sozialdemokraten Rudolf Roß (1872-1951)⁴⁸ zur Verfassungsfeier am 11. August 1924 ein anderes Bild. Der Lehrer und Schulreformer Roß leitete von 1921 bis 1928 die mit der Universität entstandene Hamburger Volkshochschule, und war seit 1920 Präsident der Hamburgischen Bürgerschaft. 1928 wurde er Senator, war 1928/29 und 1932/33 Zweiter, 1930/31 Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt, der erste Sozialdemokrat in diesem Amt. Ihm erschien

die politische Umwälzung der Novembertrage von 1918 nicht als eine planmäßig vorbereitete Eroberung der politischen Macht durch eine Partei oder Klasse, sondern vielmehr als der Zusammenbruch eines politischen Systems, dessen tragende Pfeiler zu schwach waren für die ungeheure Last, die auf ihnen wuchtete.

Denn:

Das alte Reich, durch die unvergleichliche Staatskunst eines Mannes geschaffen, der eiserne Energie mit weiser Mäßigung in der Absteckung seiner Ziele verband, war ein äußerst labiles Gebilde, das bald, nachdem seinem Lenker die Zügel entrissen worden waren, bereits bedenkliche Risse und Sprünge aufwies, von denen man zwar, geblendet durch den beispiellosen wirtschaftlichen Aufschwung, gewohnheitsmäßig die Augen zu verschließen pflegte, deren Dasein aber doch in der weitverbreiteten Reichsverdrossenheit innerhalb des Bürgertums und dem feindseligen Abseitsstehen der großen und grollenden Arbeitermassen seinen unverkennbaren Ausdruck fand. Dieses Reich war keineswegs eine Zusammenfassung aller Kräfte im deutschen Volke durch eine die gesellschaftlichen Gegensätze ausgleichende, dem Neuen raumschaffende Herrschaftsorganisation, die mit ihrem durch das demokratische Reichstagswahlrecht nur mäßig verhüllten Absolutismus, ihrem romantischen Gottesgnadentum und ihrer auch die Verhältnisse des bürgerlichen Lebens durchdringenden Militär- und Beamtenaristokratie inmitten einer anders gewordenen Welt wie ein starker Anachronismus wirkte.⁴⁹

»An der Hybris des Machtgedankens ist das Reich Bismarcks und der Hohenzollern zugrunde gegangen«, so seine These. Der Sturz war schrecklich und kam so jäh und unerwartet, daß niemand sich zur Verteidigung des Bestehenden erhob. »Die Monarchie endete ohne Widerstand, ruhmlos. Es war die unblutigste Revolution, die die Welt je gesehen hat; es war eine Revolution der Erschöpfung, der Verzweiflung, des einfach Nichtmehrweiterkönnens«. Die Verkündung der Weimarer Verfassung war für Roß »die Geburtsstunde des neuen Deutschland«.⁵⁰ Allerdings sah er auch dieses neue Deutschland in eigenen Traditions- und Kontinuitätslinien:

legungen eines Historikers vom Jahrgang 1922, München 1970, S. 106-119, hier S. 115. Der Vortrag wurde im Oktober 1966 vor Stipendiaten der Humboldt-Stiftung gehalten.

48 Zu ihm vgl. Lehberger, Rainer: »Roß, Rudolf«, in: Kopitzsch, Franklin/Brietzke, Dirk (Hg.): *Hamburgische Biografie*, Band 2, S. 349-351.

49 Roß, Rudolf: »Zur Verfassungsfeier am 11. August 1924«, in: *Hamburg während der Weimarer Republik. Reden und Aufsätze anlässlich der Taufe des Dampfers »Bürgermeister Ross«*, hg. von der Hafendampfschiffahrts A.-G., Hamburg 1948, S. 20-31, hier S. 23.

50 Ebd., S. 24.

Das Werk von Weimar ist keine völlige Neuschöpfung, keine Gestaltung aus dem Nichts; insofern haben die Anhänger einer kontinuierlichen geschichtlichen Entwicklung am wenigsten Anlaß zur Kritik. Nur keimhaft enthält es neue, konstruktive Lösungen. Im übrigen verleugnet es nicht die geistige Abstammung von den Männern der Paulskirche. Es ist das abschließende Ergebnis verfassungsrechtlicher Kämpfe, die sich durch das ganze vorige Jahrhundert hinstreckten, seitdem das aufstrebende Bürgertum auch in Deutschland in bewußten Gegensatz zu dem landesherrlichen Absolutismus und den ihn tragenden Mächten der feudal-aristokratischen Ordnung getreten war.⁵¹

Roß war überzeugt, dass der Weg vom »Herrschaftsstaat zum Gemeinschaftsstaat«, vom »Machtstaat« zum »Rechtsstaat« nicht aufzuhalten sei.⁵² Der Rechtsstaat war für ihn Voraussetzung und Grundlage des »Kulturstaates, der nichts ist als die gemeinsame Arbeit der unvergänglichen Werte der Kultur hervorbringende, organisierte Volk«. »Das setzt allerdings einen Umbau und Ausbau unserer wirtschaftlichen Organisation und gesellschaftlichen Zustände voraus, die wir heute nur ahnend zu sehen vermögen«.⁵³

7. Revolution als emanzipative Zäsur

Für die hier berücksichtigten Revolutionszeugen im Jugendalter, also für Erich Lüth (1902–1989)⁵⁴, Paul Nevermann (1902–1979)⁵⁵ und Fritz Wartenberg, die in den Novembertagen 1918 zwischen 16 und 17 Jahren alt waren und die Kriegszeit in Hamburg verbracht hatten, markierte der Zusammenbruch des alten Systems den Ausgangspunkt für eine nachhaltige Änderung ihrer Lebensführung. Die Ereignisse lösten bei ihnen Aufbruchsstimmung aus und weckten Neugier auf das nun Kommende. Zudem bekamen sie von einem Tag auf den anderen die Chance, ihr persönliches Lebensumfeld in Berufsschule und Ausbildung sehr viel stärker mitzubestimmen, als dies noch im Kaiserreich möglich gewesen war. Die beiden aus dem Arbeitermilieu kommenden Auszubildenden Nevermann und Wartenberg berichten in ihren Erinnerungen konkret vom emanzipativen Effekt, den der politische Umbruch für sie und ihr künftiges Leben hatte.

Der spätere Hamburger Bürgermeister Paul Nevermann hatte 1917 eine Lehre als Schlosser und Maschinenbauer in einem Bahrenfelder Rüstungsbetrieb begonnen. Seit 1918 gehörte er der sozialdemokratischen Arbeiterjugendbewegung, dann der Sozialistischen Arbeiter-Jugend an. Als in seinem Ausbildungsbetrieb im Zuge der Revolution erstmals ein Betriebsrat gewählt wurde, rief er die anderen Auszubildenden zusammen,

51 Ebd., S. 25.

52 Ebd., S. 28.

53 Ebd., S. 30.

54 Zu ihm siehe Heinsohn, Kirsten: »Lüth, Erich«, in: Kopitzsch, F./Brietzke, D. (Hg.): Biografie, Bd. 6, S. 199–201.

55 Zu ihm siehe Kopitzsch, Franklin: »Nevermann, Paul«, in: Ders./Brietzke, D. (Hg.): Biografie, Bd. 1, S. 218–219.

um einen dreiköpfigen Lehrlingsrat zu bestimmen, an dessen Spitze dann er selbst stand. In der Rückschau beschreibt Nevermann diese Zusammenhänge als Ausgangspunkt seiner politischen Laufbahn innerhalb der Sozialdemokratie, der Partei und der Gewerkschaft. Sein politisches Engagement hatte aber auch negative Folgen: Aufgrund seiner Aktivität im Metallarbeiterverband wurde er in seinem Betrieb nach Abschluss der Lehre 1921 nicht übernommen.⁵⁶

Jedoch verfolgte Nevermann weiter zielstrebig seine Ausbildung und nutzte dafür die sich durch die SPD und ihre Bildungspolitik für Arbeiter neu bietenden Möglichkeiten: Von 1923 bis 1926 holte er zunächst im ersten in Hamburg angebotenen Arbeiter-Abiturientenkurs seine Hochschulreife nach,⁵⁷ studierte anschließend – gefördert durch ein städtisches Stipendium – an der Universität seiner Heimatstadt Rechtswissenschaften und schloss 1932 mit einer juristischen Promotion ab. Während seines Studiums engagierte er sich als Mitglied im Sozialistischen Studentenbund in der Hochschulpolitik. Seine Mitstreiter an der Universität waren die später ebenfalls prominent für die SPD auf Landes- und Bundesebene wirkenden Wilhelm Drexelius (1906-1974) und Erich Klabunde (1907-1950).⁵⁸

Noch unmittelbarer lässt sich das emanzipative Potential der Revolution an der Biografie Fritz Wartenbergs nachvollziehen. Er hatte sich schon während des Weltkrieges in seiner Arbeiterjugendgruppe mit politischen Themen befasst. Die dortigen Kameraden bestimmten Wartenberg nach Kriegsende zu ihrem Obmann, wodurch er automatisch in die sogenannte Delegiertenversammlung, das Parlament der Arbeiterjugendgruppen von Hamburg-Altona, einzog. Dort wurde er wiederum in die Jugendschutzkommission gewählt. Wartenberg sollte als Ansprechpartner für Lehrlinge fungieren, in deren Betrieb der Jugendschutz unterlaufen wurde, um die Probleme anschließend an die zuständige Kontrollinstanz zu melden. Sein Einsatz ging jedoch weit über diese rein formale Funktion hinaus. Vielmehr suchte er zumindest anfänglich die beklagten Arbeitgeber persönlich auf, und drang dort mit wechselndem Erfolg auf die Behebung der Mißstände. Einen dieser Besuche beschrieb Wartenberg folgendermaßen:

Meine Amtswürde hatte sich schnell herumgesprochen. Ein Klassenkamerad, als Schriftsetzerlehrling tätig [...], klagte mir sein Leid, daß er bei lächerlicher Bezahlung ständig Überstunden machen müsste. [...] Mit frisch gewaschenem Schillerkragen und dem gewichtigen Ausweis bewehrt, stattete ich Herrn B. nach Feierabend einen Besuch ab. Vorsichtig sah ich mich in den Betriebsräumen um. Hinter einer Glastür [...] sah ich einen älteren Herrn über Geschäftspapiere gebeugt. [...] Ich fasste mir ein Herz und trug mein Anliegen vor als Mitglied der Jugendschutzkommission [...]. Herr B. [...] war offenbar von den Revolutionswirren verstört und bat um Verständnis für

56 Nevermann, Paul: *Metaller, Bürgermeister, Mieterpräsident*, Köln 1977, S. 13f.

57 Dazu erscheint 2022 in der Reihe »Weimarer Schriften zur Republik« von Gunnar B. Zimmermann ein Beitrag über »Die Hamburger Arbeiter-Abiturientenkurse von 1923 und 1927. Ein bildungspolitischer Impuls mit Langzeitwirkung«.

58 Zu den beiden Woyke, Meik: »Drexelius, Wilhelm«, in: Kopitzsch/Brietzke (Hg.): *Biografie*, Bd. 6, S. 75-76; Martens, Holger: *Erich Klabunde 1907-1950*, Hamburg 2000.

die besonderen Umstände in seinem Druckereibetrieb. Das Verständnis hatte ich und Herr B. versprochen, Ludwig nicht mehr zu Überstunden heranzuziehen.⁵⁹

Daneben wurde Wartenberg zum Schülerrat seiner Berufsschule ernannt. Fortan organisierte er dort den Lehrstoff ergänzende Kultur- und Informationsveranstaltungen, bei denen u.a. Fragen der Sexualaufklärung zur Sprache kamen.⁶⁰ Bei der Themensetzung scheint er sich am Vorbild seiner Mutter Alma Wartenberg (1871-1928) orientiert zu haben, die als frauenbewegtes Dienstmädchen nach der Jahrhundertwende für Arbeiterinnen Kurse zu Themen wie Mutterschutz, Geburtenkontrolle und sexueller Aufklärung organisiert hatte. Sie saß nach der Revolution als eine der wenigen weiblichen Vertreterinnen in der Altonaer Stadtverordnetenversammlung und ab 1925 im Provinziallandtag Schleswig-Holsteins.⁶¹

Einen anderen Weg der politischen Emanzipation durchlief der freiheitlich-jugendbewegte Schüler der Oberrealschule Eppendorf Erich Lüth in den Revolutionstagen. Ihm ging es mehr um ein Aufbegehren gegen Autoritäten und um einen Wissensdrang, der auch vor Widerständen nicht Halt machte: Gemeinsam mit Klassenkameraden ignorierte Lüth am ersten Revolutionstag die Warnung seiner Lehrer, in der Innenstadt könne es gefährlich werden. Die Gruppe zog vielmehr zum Hauptbahnhof und beobachtete dort das Treiben der ankommenden Matrosen und den rauen Umgang der »Meuterer« mit ihren bisherigen Vorgesetzten. In diesen Tagen begab sich Lüth auch immer wieder auf den Rathausmarkt, wo er die Diskussionen der Menschen über das Für und Wider der politischen Neuordnung verfolgte. Da ihn das Gehörte nicht befriedigte, machte er sich schließlich mit Mitschülern auf den Weg zum Sitz der Redaktion der lokalen SPD-Tageszeitung, des »Hamburger Echo«, wo sie sich von einem zufällig angetroffenen Redakteur über die aktuelle Lage informieren ließen.⁶²

Auch Lüths weiterer Lebensweg war vom Geist des neuen politischen und gesellschaftlichen Aufbruchs geprägt. Beruflich beim liberal orientierten »Hamburger Anzeiger« als Journalist tätig, engagierte er sich in den Weimarer Jahren als Vorsitzender der Hamburger Jungdemokraten und saß ab 1928 für die DDP in der Bürgerschaft. Ab 1946 war Lüth unter Bürgermeister Max Brauer (1877-1973) Direktor der Staatlichen Pressestelle. Als streitbarer Publizist und Aktivist setzte er sich nachdrücklich für die Aussöhnung mit Israel ein. Und er klagte schonungslos die Politik der jungen Bundesrepublik und die personellen und politischen Kontinuitäten des Nationalsozialismus mit der Förderung und Protektion »der Altnazis« an. Berühmt geworden ist sein 1950 lancierter Boykottaufruf gegen Veit Harlan (1899-1964), den Regisseur des NS-Propagandafilms »Jud Süß«. Am Ende einer daraufhin vom Filmemacher angestrenzten Klage stand 1958 ein Lüths Position und damit die Pressefreiheit in der Bundesrepublik generell klärendes und stärkendes Urteil des Bundesverfassungsgerichts.⁶³

59 Wartenberg, F.: Erinnerungen, S. 104f.

60 Ebd., S. 104-106.

61 Zu ihr Schümann, Bodo: »Wartenberg, Wilhelmine Catharina Alma«, in: Kopitzsch, F./Brietzke, D. (Hg.): Biografie, Bd. 6, S. 359-361.

62 Lüth, Erich: Viele Steine lagen am Weg. Ein Querkopf berichtet, Hamburg 1966, S. 19-25.

63 Zu Lüths Aktivitäten vgl. u.a. Sywottek, Arnold: »Die Vorgeschichte der »Friedensbitte für Israel«. Zur Erinnerung an Erich Lüth«, in: Eder, Angelika/Gorschenek, Günter (Hg.), Israel und Deutsch-

Für die Fachdebatte um die »vergessene« Revolution von 1918/19 weisen die geschilderten biografischen Verläufe – dies sei hier an erster Stelle betont – auf ein positives Erbe der Revolution hin, deren emanzipativ-politisierende Wirkung sich durch die Karrierewege und das ehrenamtliche Engagement in der Zivilgesellschaft teils bis in die 1980er Jahre verfolgen lässt. Die drei Jugendlichen haben – zweitens – als Vertreter ihrer Generation einen alternativen politisch-partizipativen Weg gewählt, der als Gegenentwurf zur politischen Entwicklung jener Angehöriger ihrer Generation anzusehen ist, die in den Weimarer Jahren sukzessive eine völkisch-nationalistische Richtung einschlugen und heute als »Generation des Unbedingten« als wesentliche Triebkräfte des Nationalsozialismus gelten. Nevermann, Lüth und Wartenberg verfolgten in der Weimarer Republik hingegen nachdrücklich eine Politik, die sich dem parlamentarischen-liberalen und sozialdemokratischen Diskurs verpflichtet fühlte und sie setzten dieses Engagement nach 1945 fort. Drittens wird bereits anhand dieser drei biografischen Selbstzeugnisse deutlich, wieviel mehr solche persönlichen Aufzeichnungen jugendlicher Protagonisten als Beobachter oder gar Teilnehmer das Revolutionsgeschehens und die nachfolgenden politischen Veränderungen weitaus differenzierter wahrzunehmen erlauben und daher von der Forschung stärker zu beachten sind.

8. Alltags- und Ereignisgeschichte der Revolution

Als ergiebige Quellen auch zur Ereignis- und Alltagsgeschichte erweisen sich die Erinnerungen von Carl August Schröder und Leo Lippmann, die ausführlich das revolutionäre Geschehen nachzeichnen und auch alltägliche Begebenheiten einbeziehen. Am 7. November 1918 traf Schröder in seinem Haus an der Eppendorfer Landstraße 62 auf »einen Trupp von sechs bewaffneten Soldaten, die rote Kokarden an den Mützen trugen und lebhaft auf unsere Dienstmädchen einredeten«. ⁶⁴ Die Soldaten behaupteten, es sei aus diesem Hause geschossen worden und sie müssten es durchsuchen. Schröder gelang es, sie davon zu überzeugen, dass sich in seinem Hause keine Waffen befänden. Er vermerkte auch:

Während am 6., 7. und 8. November keine öffentlichen Vergnügungen stattfinden durften und die Theater und Kinos geschlossen waren, nahmen sämtliche Theater, Unterhaltungslokale, Kaffeehäuser, Kinos, Gastwirtschaften usw. am 9. November ihren Betrieb mit Genehmigung des Arbeiter- und Soldatenrates wieder auf. Die Polizeistunde wurde trotz des Kohlenmangels auf 11 $\frac{1}{2}$ Uhr angesetzt, und nunmehr feierte das Proletariat im Vollgefühl des errungenen Sieges geradezu unerhörte Orgien. ⁶⁵

land. Voraussetzungen und Anfänge einer komplizierten Partnerschaft (= Publikationen der Katholischen Akademie Hamburg, Bd. 17), Hamburg 2002, S. 116-127; Henne, Thomas/Riedlinger, Thomas (Hg.): Das Lüth-Urteil aus (rechts-)historischer Sicht. Der Konflikt um Veit Harlan und die Grundrechtsjudikatur des Bundesverfassungsgerichts, Berlin 2005; Heino, Kirsten: »Erich Lüth schreibt Hamburger Geschichte«, in: Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (Hg.): Zeitgeschichte in Hamburg 2016, Hamburg 2017, S. 27-51.

64 Schröder, C.A.: Blütezeit, S. 344.

65 Ebd., S. 344f.

Davon dürfte der Senator freilich eher durch Hörensagen denn durch Augenschein erfahren haben. Lippmann, der im benachbarten Winterhude in der Sierichstraße 62 wohnte,⁶⁶ berichtete über die ersten Tage der Revolution, dass es anfangs »keinen Schutz der Bevölkerung vor Plünderungen und Haussuchungen durch tatsächliche oder angebliche Beauftragte des A.- und S.-Rates« gab. »Große Wagen fuhren vor den Häusern vor und wurden mit dem Raub beladen, der nicht nur aus Lebensmitteln bestand. Als meine Frau dem Anruf Plündernder am Rondeel nicht Folge leistete, wurde auf sie ein scharfer Schuß abgegeben. Ähnlich erging es vielen anderen«. ⁶⁷ Am 8. November wurde dann eine Lebensmittelkommission gegründet, zu deren Mitgliedern Vertreter des Arbeiter- und Soldatenrates, des Kriegsversorgungsamtes und der Konsumgenossenschaft Produktion zählten. Lippmann erhielt eine besondere Bescheinigung, die ihm »ungehinderte Passage auf den Straßen, den Bahnhöfen und Bahnanlagen zur Besichtigung von Waren« gewährte.⁶⁸

Eine vor allem alltags- und mentalitätsgeschichtlich wichtige Quelle ist das Tagebuch des nach dreijährigem Kriegsdienst nach Hamburg zurückgekehrten kaufmännischen Angestellten Robert Horbelt (1894-1948). Am 12. Dezember 1918 notierte er:

3 lange Jahre, in denen ich viel gesehen und erlebt habe, in denen ich auch etliche gute Tage gehabt habe, aber alles in allem doch 3 Jahre voll Entbehrungen, 3 Jahre Sklavenleben! So bin ich denn sehr, sehr froh, daß diese Zeit hinter mir liegt und daß ich gesund aus dem schrecklichen Krieg zurückgekehrt bin. Aber wie ist doch alles so ganz anders gekommen und wie sieht hier in der Heimat alles so ganz, ganz anders aus, als man sich das früher gedacht hat. Und dunkel, ganz dunkel liegt die Zukunft noch vor uns. Doch nun ist ja nichts mehr daran zu ändern und so heißt es denn erst einmal abwarten, bis sich die Verhältnisse wieder etwas geklärt haben.⁶⁹ »Von irgendwelchen Umzügen, Schießereien usw. habe ich bisher nichts gemerkt, auch ist die ganze Revolution ja garnicht so schlimm gewesen, wie man es sich nach den Zeitungsmeldungen gedacht hat. Versammlungen sind ja genug, aber es ist dabei jetzt immer ruhig geblieben. Das Einzige, was mir in der Stadt aufgefallen ist, ist die rote Fahne in der Turmlaube des Rathauses.⁷⁰

Am 11. Januar 1919 nahm er Stellung zu den den heftigen Unruhen in Berlin, für ihn waren sie »Bürgerkrieg«, »hervorgerufen durch die geradezu wahnsinnigen Ideen der Liebknecht und Genossen, der sogenannten »Spartakisten«.⁷¹ Auch in Hamburg nahm er »Krisenluft« wahr. Für »uns Bürgerliche« wurde es »wirklich Zeit, daß Hamburg wieder eine richtige Regierung bekommt an Stelle des Arbeiter- und Soldatenrats«. ⁷² Zur

66 Lippmann, L.: Mein Leben, S. 79.

67 Ebd., S. 275.

68 Ebd., S. 276.

69 Lipke, Christina, »Schreiben in der Revolution. Das Tagebuch des Hamburgers Robert Horbelt aus den Jahre 1918/19«, in: Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte 105 (2019), S. 17-56, hier S. 31. Das Tagebuch, das von 1912 bis 1948 geführt wurde, befindet sich in der Stiftung Historische Museen Hamburg, Museum für Hamburgische Geschichte, Archiv, III.3 Robert Horbelt: Tagebuch.

70 Lipke, C.: Schreiben, S. 33. Hervorhebung im Tagebuch, auch im Folgenden.

71 Ebd., S. 41.

72 Ebd., S. 42.

Wahl der Nationalversammlung am Januar bemerkte Horbelt: »Ich habe am 19. Januar der Deutschen Demokratischen Partei meine Stimme gegeben, wenn auch nicht aus voller Überzeugung, da mir dieselbe schon etwas zu sehr nach links neigt, während mir andererseits aber die Deutsche Volkspartei schon wieder zu weit rechts steht.«⁷³ Die Wahl zur Bürgerschaft am 16. März kommentierte er so: »Am Sonntag war die Wahl zur neuen Hamburger Bürgerschaft, die infolge sehr vermehrter Wahllokale wesentlich ordnungsgemäßer als die Wahl zur Nationalversammlung verlief, sodaß irgendwelches Warten nicht nötig war. Wie ja leider vorausszusehen war, besteht jetzt mehr als die Hälfte unserer neuen Bürgerschaft aus Sozialdemokraten.«⁷⁴ Einen ganz besonderen Quellenwert haben Horbelts Tagebuchaufzeichnungen für die Freizeitgestaltung generell und die Teilhabe am kulturellen Leben im Besonderen. Letzterem widmeten sich Robert Horbelt und seine Freundin Helene (Leni) Kalinke (1898-1979), die er 1926 heiratete, offenkundig mit Leidenschaft.

Alltags-, Kommunikations- und Mentalitätsgeschichte spiegeln sich im Tagebuch des Juristen, damaligen Rechtsassessors Erwin Garvens (1883-1969).⁷⁵ Die vierzehn Bände seines Tagebuchs sind eine bedeutsame, erst ansatzweise ausgewertete Quelle zur hamburgischen Geschichte und zur Geschichte des Bürgertums im 20. Jahrhundert. Zeitungen dienten Garvens als Informationsquellen und boten ihm Gelegenheit zu kurzen Kommentaren. Am 26. Oktober 1918 schrieb er: »Es ist eine schreckliche Zeit« und bezog sich nicht nur auf die politische und militärische Lage, sondern auch auf die »Grippe, die täglich neue höchst bedenkliche Opfer gerade zwischen jungen Menschen fordert« und auf »die Ernährungsverhältnisse«.⁷⁶ Mit Trauer und Entsetzen nahm er die Abdankung Kaiser Wilhelms II. zur Kenntnis: »Man hatte es ja vermutet, aber die vollendete Tatsache ist doch entsetzlich traurig. Wer hätte das vor 4 Jahren, ja noch vor 4 Monaten gedacht!« Den Tod Albert Ballins bedauerte er: »Er hätte Deutschland und Hamburg sicher noch viel Nutzen gestiftet.«⁷⁷ Am folgenden Sonntag, dem 10. November, besuchte er mit seiner Frau Elisabeth (Elsie) den Gottesdienst in der Hauptkirche St. Jacobi. Als der Hauptpastor Karl Horn (1869-1942)

das übliche Hauptgebet begann, bekam ich plötzlich einen furchtbaren Schreck: wie wird er es mit dem Gebet für das Kaiserhaus halten? Er machte seine Sache sehr schön – und war, als er die Fürbitte für die Kaiserin aussprach – da versagte ihm die Stimme. Es ist doch entsetzlich traurig: nun hat er die Fürbitte für das Kaiserhaus wie für die anderen Fürsten, die die Revolution so ungefähr alle von ihren Thronen gesetzt hat, noch ein letztes Mal getan.⁷⁸

73 Ebd., S. 45.

74 Ebd., S. 54.

75 Staatsarchiv Hamburg (StA HH), 622-1/124 Familie Garvens, Bz, Bd. 9 (16.10.1918 bis 31.12.1923); zu ihm Müller, Theresa: »Erwin Garvens, Jurist. Geb. 30. 6. 1883 in Hamburg, gest. 4. 11. 1969 in Hamburg«, in: Matthes, O./Pelc, O. (Hg.), Menschen, S. 36f.; Zimmermann, Gunnar B.: Bürgerliche Geschichtswelten im Nationalsozialismus. Der Verein für Hamburgische Geschichte zwischen Beharrung und Selbstmobilisierung (= Beiträge zur Geschichte Hamburgs, Bd. 67), Göttingen 2019, S. 201, 367, 469f., 616.

76 StA HH, 622-1/124 Familie Garvens, Bz, Bd. 9, Eintrag vom 26.10.1918.

77 StA HH, 622-1/124 Familie Garvens, Bz, Bd. 9, Eintrag vom 9.11.1918.

78 StA HH, 622-1/124 Familie Garvens, Bz, Bd. 9, Eintrag vom 10.11.1918.

Bei der Bürgerschaftswahl votierten Garvens und seine Frau für die Deutschnationale Volkspartei.⁷⁹ Von den Sozialdemokraten akzeptierte er Emil Krause (1870-1943), der von 1919 bis 1933 als Schulsenator amtieren sollte. »Schlechter fahren wir mit dem sicher nicht. Er ist ja ein sehr netter ordentlicher Mann.«⁸⁰

9. Schlussbemerkungen

Im Mittelpunkt der herangezogenen Selbstzeugnisse stehen Hamburg und seine unmittelbaren Nachbarn, insbesondere das preußische Altona. Was und wann die Zeitgenossen von den Vorgängen in Kiel und Berlin erfuhren, wie sie es aufnahmen und vermittelten, wird sich vor allem durch Inhalts- und Diskursanalysen der Zeitungen und Zeitschriften klären lassen. Bahnhöfe waren offenkundig Zentren der Kommunikation und Agitation, Versammlungen waren wichtige Stätten der Information, der Meinungsbildung und Entscheidungsfindung, das Telefonnetz eine Basis des Austausches von Nachrichten und der schnellen Verständigung über Aktionen. Weitere Quellenzeugnisse zum Kriegsende, zur Revolution von 1918/19 und zu den Anfängen der Weimarer Republik zu erschließen und auszuwerten, wird eine Aufgabe der Forschung bleiben. Notizen, Briefwechsel, Tagebücher und Erinnerungen lassen Erfahrungen und Wahrnehmungen erkennen, politische Prägungen und Präferenzen deutlich werden. Sie gewähren zudem Einblicke in Mentalitäten und Milieus. Archive sollten sie gezielt sammeln und bewahren.⁸¹

79 StA HH, 622-1/124 Familie Garvens, B2, Bd. 9, Eintrag vom 16.3.1919.

80 StA HH, 622-1/124 Familie Garvens, B2, Bd. 9, Eintrag vom 26.3.1919; zu Emil Krause siehe Stubbe da Luz, Helmut: »Krause, Emil«, in Kopitzsch/Brietzke (Hg.): Biografie. Personenlexikon, Bd. 3, S. 210-212.

81 Wertvolle Hinweise hierzu bei Lipke, C.: Schreiben, S. 27.